



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Pressemitteilung

Nr. 45

Berlin, 6. Oktober 2010

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Glinkastraße 24
10117 Berlin

Tel.: 03018/555-1061/-1062
Fax: 03018/555-1111
presseebmfsvf.bund.de
www.bmfsvf.de

Gesellschaftliches Engagement stärken

Kabinett beschließt Nationale Engagementstrategie und „Aktionsplan CSR“

Das Bundeskabinett hat heute die erste Nationale Engagementstrategie und die Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen („Aktionsplan CSR“ - Corporate Social Responsibility) beschlossen.

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

Tel: 03018/527-2188/-2190
Fax: 03018/527-2191
presseebmas.bund.de

„Viele Menschen und Unternehmen in Deutschland engagieren sich bereits heute mit viel Einsatz für die Gesellschaft. Sie sind der lebendige Beweis dafür, dass es sich lohnt, hier und heute mehr zu investieren, um die Zukunft lebenswert zu gestalten“, sagten die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder und die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen. „Dieses bürgerschaftliche und unternehmerische Engagement zum Wohle aller will die Bundesregierung mit der Nationalen Engagementstrategie und dem Aktionsplan CSR entscheidend stärken.“

Mit der Nationalen Engagementstrategie legt die Bundesregierung den Grundstein für eine zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft besser aufeinander abgestimmte Engagementförderung in Deutschland.

„Wir brauchen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, denn diejenigen, die sich freiwillig engagieren, tragen mit ihrem Einsatz, mit ihrer Kreativität und Eigeninitiative zum Fortschritt und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bei“, erklärte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder. „Ihre Arbeit wirkt in einem Maß solidaritätsstiftend, wie es der Staat nie organisieren könnte. Das verdient unsere ganze Unterstützung und Anerkennung! Ich freue mich daher, dass wir heute die erste Nationale Engagementstrategie in Deutschland vorlegen können. So schaffen wir es, dass in Zukunft alle Akteure und Unterstützer an einem Strang ziehen.“



Die Bundesregierung reagiert mit der Nationalen Engagementstrategie auf die wachsende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Schon heute engagieren sich 36 Prozent der deutschen Bevölkerung über 14 Jahre freiwillig – etwa 23 Millionen Menschen. Davon setzen sich 10 Prozent in dem Bereich „Sport und Bewegung“ ein, gefolgt von „Kindergarten und Schule“ (6,9 Prozent) und „Kirche und Religion“ (6,9 Prozent).

„Der freiwillige Einsatz der Bürgerinnen und Bürger ist eine tragende Säule unseres freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens und wird in Zukunft immer wichtiger werden“, so die Familienministerin. „Wir müssen neue, innovative Lösungen für die Herausforderungen, mit denen wir zunehmend konfrontiert sind, finden. Oft entstehen solche Lösungen durch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Die Bundesregierung wird dafür geeignete Foren des Austauschs fördern und im Bundesfamilienministerium eine Anlaufstelle für soziale Innovationen einrichten.“

Die **nationale Engagementstrategie** der Bundesregierung verfolgt vier strategische Ziele:

- Eine bessere Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen.
- Die Einbindung von Stiftungen und des bürgerschaftlichen Engagements von Wirtschaftsunternehmen.
- Eine größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten.
- Bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement.

Mit dem **„Aktionsplan CSR“** will die Bundesregierung

- gesellschaftliche Verantwortung in Unternehmen und öffentlicher Verwaltung besser verankern,
- verstärkt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) für CSR gewinnen,
- sowie die Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit von CSR erhöhen.

„Erfolgreiches Wirtschaften findet nicht im luftleeren Raum statt“, sagte die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen. „In der vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts können es sich Unternehmen nicht mehr leisten, auf rein kurzfristige Ziele zu setzen. Kunden und Investoren achten immer stärker auch auf soziale und ökologische Belange. Ich will, dass gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ein echter Standortfaktor für Deutschland wird. CSR können wir bundesweit noch deutlich stärker verankern, wenn Verbraucher und Investoren vergleichbare und zuverlässige Informationen darüber erhalten, welche Firmen tatsächlich nachhaltig

wirtschaften. Nur so können sie verantwortliche Unternehmensführung auch beim Kauf honorieren. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, die wenig in Öffentlichkeitsarbeit investieren, ist es enorm wichtig, dass ihr Einsatz sichtbar wird. Deswegen hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, eine solche Übersicht für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Vorgesehen ist etwa ein breit angelegtes Internetportal, wo sich Verbraucher über ökologisches und soziales Engagement von Unternehmen oder Lieferketten von Produkten informieren können. Broschüren können Auskunft geben, wie zum Beispiel Nahrungsmittel umweltgerecht in die Regale kommen oder wie Firmen Arbeitsplätze altersgerecht gestalten“, so Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen.

- Corporate Social Responsibility (CSR) steht für verantwortliches unternehmerisches Handeln im eigentlichen Kerngeschäft. Für viele Unternehmen ist eine global ausgerichtete, verantwortungsbewusste Umwelt- und Sozialpolitik über die gesetzlichen und tariflichen Anforderungen hinaus bereits heute eine Selbstverständlichkeit.
- Der „Aktionsplan CSR“ stützt sich auf die Empfehlungen des Nationalen CSR-Forums, das die Bundesregierung bei ihrer Politik für gesellschaftliche Unternehmensverantwortung berät und begleitet. Damit ist der Aktionsplan der Startschuss für eine strategische Allianz zur Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen in Deutschland.
- Das CSR-Forum, dem 44 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft angehören, berät das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Anfang 2009 bei der Entwicklung einer Nationalen CSR-Strategie.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bmas.de oder www.csr-in-deutschland.de.